

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin geht voran: Gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV im Arbeitsleben! #positivarbeiten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für das Land Berlin die Deklaration „#positivarbeiten – Respekt und Selbstverständlichkeit: Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben“ der Deutschen Aidshilfe zu unterzeichnen und sich damit den Zielen für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst zu verpflichten.

Die Bezirksverwaltungen, Landesbehörden und -ämter sowie Beteiligungsunternehmen des Landes sollen durch den Senat über die Deklaration in Kenntnis gesetzt werden. Um ihren Beitritt zu der Initiative soll geworben werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Juni 2021 über den Beitritt zur Deklaration und die Umsetzung der dort formulierten Maßnahme und Ziele zu berichten.

Begründung

Berlin ist seit 2016 Mitglied der *Fast Track Cities Initiative to End Aids*, die sich zum Ziel gesetzt hat, die HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden und einen wirkungsvollen Beitrag gegen die Stigmatisierung von Menschen mit HIV zu leisten. Um der letztgenannten Absicht weitere Unterstützung zu verleihen, soll sich Berlin der Deklaration „#positivarbeiten – Respekt und Selbstverständlichkeit: Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben“ der Deutschen Aidshilfe anschließen. Damit übernimmt das Land als Arbeitgeber*in eine stadtweite Vorbildfunktion für einen respektvollen und diskriminierungssensiblen Umgang mit Arbeitnehmer*innen mit HIV.

Bereits mehr als 100 namhafte Unternehmen, Verbände, NGOs, Behörden und Städte haben die Deklaration unterzeichnet, darunter Bielefeld, Dortmund, Freiburg oder München.

Eine HIV-Infektion ist für die Arbeit heutzutage irrelevant. Dank hoch effektiver Medikamente können Menschen mit HIV leben und arbeiten wie alle anderen und sind genauso leistungsfähig. Ein Übertragungsrisiko besteht im Alltag ohnehin nicht, unter Therapie ist HIV überhaupt nicht mehr übertragbar. Menschen mit HIV sind dementsprechend einfach Kolleg*innen wie alle anderen.

Menschen mit HIV erleben allerdings noch immer Diskriminierung – im Alltag, im Gesundheitswesen oder gerade auch im Arbeitsleben. Sie werden mit Vorurteilen und völlig unnötigen Berührungsängsten konfrontiert. Stigmatisierung und Ausgrenzung machen krank! Sie verursachen psychische Belastungen, schränken die berufliche Leistungsfähigkeit ein und schaden damit letztlich auch dem gesamten Unternehmen oder der jeweiligen Behörde.

Mit der Unterzeichnung der Deklaration soll Berlin ein wirkungsvolles Zeichen setzen, dass HIV-positive Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst willkommen sind und dass ihre Rechte jederzeit geachtet werden. Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV müssen ein Ende haben. Mit #positivarbeiten bekräftigt Berlin, dafür im öffentlichen Dienst Verantwortung zu übernehmen!

Berlin, 25. März 2021

Saleh Düsterhöft Kühnemann-Grunow
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Helm Schatz Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Pieroth-Manelli Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen